Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 33 Erscheinungstage: Druckpreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Post- und Verlagsgebühren. Nur Postbestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin 63, Urbanstr. 63 I. Fernruf: Moritzpl. 56-3 Berlin, den 8. August 1920 Anzeigenpreis: Die vierseitige Zeile 90 Pfennig; für Verbandsmitglieder 60 Pfennig; Erstlingsangebote 60 Pfennig; Versammlungsanzeigen 40-60 Pfennig. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten. 36. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen.** Die Zahlstellen Mannheim und Ludwigshafen, die vor dem Kriege eine gemeinschaftliche Zahlstelle bildeten, aber infolge der Besetzung des linksrheinischen Gebiets voneinander getrennt wurden, haben ihre Wiedervereinigung beschlossen, nachdem im Verkehr zwischen dem unbefetzten ins besetzte Gebiet inzwischen hinreichende Erleichterungen eingetreten sind, die ein gemeinschaftliches Arbeiten ermöglicht. Wir haben ohne Bedenken der Wiedervereinigung zugestimmt. Die gemeinschaftliche Zahlstelle führt den Namen Mannheim-Ludwigshafen.

2. Die **Lothalbeiträge** sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen für die Folge in:

	Männl. Wirtsl.	Weibl. Wirtsl.		
Summerbach-Münderoth	15 Pf.	10 Pf.		
	Vertragstafel			
	4 u. 5.	2.	1.	
Darmen-Elberfeld	75 Pf.	55 Pf.	—	60 Pf.
Osternied	25 Pf.	15 Pf.	15 Pf.	15 Pf.

Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in Berlin der Buchbinder Karl Prüfer aus Sommerfeld (Buchnummer 135 977).

Der Vorstandsvorsitzende.

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Hat der Kampf um das Betriebsrätegesetz die Arbeiterschaft wiederholt als geeinte Macht auf den Kampfplatz gerufen, so drohte die Einigkeit nach Annahme dieses Gesetzes manchmal in die Brüche zu gehen, da man den Kampf nach der Annahme des Gesetzes in die eigenen Reihen trug. Und zwar wird seit den Wahlen heiß um die Zusammensetzung der Betriebsräte gestritten. Während die große Masse der Gewerkschaften bzw. Betriebsräte der selbständigen Zusammenfassung der Betriebsräte wohl zustimmt, jedoch ihren engen Anstoß an die Gewerkschaften verlangt, will eine mehr nach der politischen Seite hin orientierte Minorität eine von den Gewerkschaften unabhängige und selbständige Organisation mit eigenen Beiträgen usw. schaffen, die gewissermaßen als Vorläufer der erstehenden Betriebsorganisation dienen soll. Zwischen den Zeilen kann man hin und wieder deutlich diesen Wunsch lesen. Und wenn Führer der Berliner Mätezentrale, Münzstraße, in Betriebsversammlungen für Betriebsorganisation offen und mit Erfolg Propaganda machen, so zeigt das jedem, der sehen will, deutlich, wo die Meise hingehen soll. So etwas ist allerdings nur in einer Zeit wie der jetzigen möglich, wo die freien Gewerkschaften innerhalb eines Jahres das vier- bis fünffache an Mitgliedern gewonnen haben, und daher die große Masse der Mitglieder nur wenig oder gar nicht gewerkschaftlich aufräumen konnten. Jeder auch nur oberflächlich mit der Gewerkschaftsgeschichte vertraute Genosse weiß, daß die Frage, ob Betriebs-, Lokal- oder Zentralorganisation, seit 30 Jahren von den Gewerkschaften endgültig entschieden ist.

Entscheidend für die Zusammenfassung der Betriebsräte muß ihr Daseinszweck sein. Da ihr Aufgabenkreis nach den Bestimmungen des B.G. jedoch lediglich auf wirtschaftlichem Gebiet liegt, so ergibt sich hieraus mit Notwendigkeit ihr enger Anschluß an die Gewerkschaften. Die Betriebsräte sollen die Durchführung des gesetzlichen Arbeiter-

schutzes, der Tarifverträge und etwa ergangener Schiedssprüche überwachen, bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse sowie der Ueberwachung des Lehrlingswesens mitwirken, soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung vereinbaren, für das Wohl der Kriegs- und Unfallverletzten bei der Beschäftigung im Betriebe sorgen, mit den Arbeitgebern Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern vereinbaren, nach Möglichkeit Betriebserschütterungen durch Streikaktionen zu verhüten suchen und auf eine Schlichtung derselben hinwirken. Sie sollen sodann bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren und bei der Verwaltung von Pensionskassen, Werkwohnungen und sonstigen Betriebswohlfahrtsanstalten mitwirken. Endlich aber sollen sie an der Förderung der Betriebszwecke mitwirken zur Herbeiführung einer möglichst hohen Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen, insbesondere durch Mitarbeit bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden und durch Vertretung im Aufsichtsrat solcher Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat vorgeschrieben ist. Darüber hinaus können den Betriebsräten durch Tarifvertrag oder durch Verständigung mit dem Arbeitgeber weitere Funktionen und Rechte übertragen werden. Ihr Arbeitskreis ist also ein sehr weiter und es gibt kaum eine im Betriebe vorkommende wirtschaftliche oder soziale Frage, mit der sich der Betriebsrat nicht gelegentlich oder dauernd zu beschäftigen hätte.

Fehlt bei diesen Aufgaben auch eine der wichtigsten Forderungen der Betriebsräte: Das Mitbestimmungsrecht bei der Produktion, sowie Einstellung und Entlassung, so muß dennoch jeder zugeben, daß den Betriebsräten ein reiches Tätigkeitsgebiet erschlossen wurde. Sollen sie ihre Aufgabe ganz erfüllen, so ist ihre schnellste Ausbildung dringend notwendig. Diese Ausbildung kann aber nur von den Gewerkschaften selbst in zweckdienlicher Weise durchgeführt werden. Denn es ist Gewerkschaftsarbeit im besten Sinne des Wortes, die den Betriebsräten in dem vorgenannten Aufgabenkreis zugewiesen worden ist.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat für die Zusammenfassung, Ausbildung und Tätigkeit der Betriebsräte Richtlinien ausgearbeitet, welche von den in Frage kommenden Instanzen bereits angenommen wurden. Sie bilden nunmehr die Grundlage für die Tätigkeit der Betriebsräte und sind in den meisten Orten ohne weiteres anerkannt worden. Auch in Berlin ist es nach langem Kampf in den letzten Tagen erfreulicherweise endlich zu einer Einigung der verschiedenen Mätezentralen gekommen, und es ist zu hoffen, daß auch in den übrigen Städten eine reifliche Zusammenfassung der Betriebsräte sich ermöglichen läßt.

Man würde auch den Betriebsräten und damit der gesamten Gewerkschaftsbewegung einen schlechten Dienst erweisen, wenn man die ersteren dem Einfluß der Gewerkschaften entziehen und sie zu selbständigen Organisationen zusammenschließen wollte. Dieses machvolle Instrument gegen das Unternehmertum sollte auch jedem überzeugten Gewerkschaftler zu schade sein, politischen Sonderinteressen und Quertreibereien zu dienen. Denn letzten Endes würden wiederum nur die Unternehmer den meisten Vorteil aus dieser Zersplitterung ziehen.

Abgelehnter Schiedsspruch.

Der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer hat inzwischen unserem Verbandsmitglied mitgeteilt, daß er den Schiedsspruch des Reichsarbeitsamts vom 15. Juni nicht angenommen hat. Begründend wird angeführt, daß seine Mitglieder auf dem Standpunkt ständen, die Arbeiter müßten doch in erster Linie mal erst die gesetzliche 48stündige Arbeitszeit erfüllen, wenn sie tatsächlich mit dem bisherigen Lohn nicht auskommen können. Dann sei aber auch das Gewerbe nicht in der Lage, eine weitere Lohnerhöhung tragen zu können. Natürlich fehlt auch nicht der alte Einwand, wir hätten im November 1918 ja auch die 46stündige Arbeitszeit trotz der tariflich festgelegten 52stündigen Arbeitszeit durchgedrückt. Es scheint, als ob manche der Herren Unternehmer mit der Züfelmühle über den Ohren die Revolutionstage verschlafen haben. Sonst müßten sie wissen, daß durch die gesetzliche Einführung des Achtstundentages auch jede tariflich festgelegte höhere Arbeitszeit ungesetzlich und daher zu beseitigen war. Aus dem ganzen Verhalten der Unternehmer geht deutlich hervor, daß man sich stritte an die Parole der gesamten Arbeitgeberverbände vom 20. Mai hält. „Es weht jetzt ein anderer Wind!“ Dies Wetminus entschläpft neulich einem der Arbeitgeber bei Tarifverhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverbände. Auch unsere Herren Unternehmer scheinen Morgenluft zu wittern. Man fühlt sich wieder mal als Herr der Situation. Es wird aber auch wieder mal anders kommen. Und daß ein solches Verhalten der Unternehmer die größte Erbitterung unter der Arbeiterschaft auslösen muß und in vielleicht allzu explosiver Weise sich demaleinst Luft schafft, ist nabelingend. Ob das aber im Interesse des Gewerbes liegt, möchten wir doch stark bezweifeln.

Es ist unserem Vorstand nun weiter nichts übrig geblieben, als die Verbindlichkeitsklärung beim Demobilisationskommissar zu beantragen.

Kampfanlage.

Geradezu als unerhört muß man es bezeichnen, daß der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer den Schiedsspruch des Reichsarbeitsamtes abgelehnt hat. Sind denn wirklich unsere Löhne als so hoch zu bezeichnen, daß eine Ablehnung erfolgen mußte? 4,20 Mark Stundenlohn für Arbeiter und 2,35 Mk. für Arbeiterinnen in der höchsten Altersstufe. Mit diesen Löhnen stehen wir an letzter Stelle aller graphischen Berufe. Glaubt das Unternehmertum nun, durch die Ablehnung Arbeitsfreude bei unserer Kollegenchaft zu wecken? Gerade das Gegenteil tritt ein. Erbitterung gegen ein so sozial rückständiges Unternehmertum im Buchbindergewerbe ist die logische Folge. Durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage innerhalb unseres Berufes sowie die politische Konstellation im allgemeinen, hat jetzt der Unternehmer den Schein der Macht für sich. Doch was wird die Folge sein? Unsere Kollegenchaft, speziell die Zeitlohnarbeiter, welche am Hungertuche nagen, werden diese unfaire Handlungsweise der Unternehmer nicht verzeihen und zu gegebener Zeit werden alle ermahnen Worte der Organisationsleitung nichts nützen. Man wird dann über die Köpfe der Führer hinweggehen und durch Machtmittel das holen, was man uns jetzt verweigert hat. Die Verhandlungen in Weimar, Eisenach und Berlin haben gezeigt, worum es geht. Die Verlängerung der Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich wollen diese Herren erzwingen. Glatzer Tarifbuch ist es, mit demartigen Maßnahmen von uns Angehörigen zu erpressen. Die 46stündige Arbeitszeit ist für die alten Tarifstädte im Tarif verankert und hat Giltigkeit bis 30. Juni 1921. Daran ist nicht zu rütteln.

Nicht parteipolitische Machthaberei ist es aber das Drängen radikaler Elemente, wie man bestrebt sich seitens der Unternehmer anzuknüpfen, sondern frühes Festhalten an beruflichen Ermahnungen. Wir kennen das löbliche Bestreben der Unternehmer, das darauf hinausläuft nicht nur 46 oder 48 Stunden arbeiten zu lassen, sondern sie wünschen sich die besten Zeiten von damals, wo 56 oder gar 80 Stunden gearbeitet wurde. Wir können ihnen das nachfühlen, doch diese Illusionen mögen die Herren begreifen. Getreu nach dem Grundsatz, viel arbeiten und wenig essen, rettet Deutschland, nein besser gesagt, rettet das Unternehmertum vor dem Untergang.

Diesem Grundsatz vertritt ganz besonders ein anscheinend akademisch gebildeter Vertriebsleiter über die Behandlung im Reichsarbeitsamt, der wohl juristische Weisheit besitzen mag, aber von Volkswirtschaft keine blasse Ahnung hat. Wissen denn die Unternehmer und deren Sachwalter nicht, daß das Pfund Brot 1,14 Mk. kostet und daß der Preis für Getreide wieder wesentlich erhöht wurde, was abermals eine Verteuerung des Brotes bedeutet. Des weiteren kosten Minderfleisch 10,70 Mk., Schweinefleisch 16.— Mk., Kartoffeln 0,60 Mk. das Pfund. Dies sind nicht etwa Schieberpreise, o nein, rationierte Lebensmittel auf Karren. Wo bleibt da die behauptete Preisfrenkheit seit Eisenach? Oder glauben die Herren etwa, es bedeutet für die Arbeiterkassen eine Preisfrenkheit, wenn heute ein Angar nur noch 600 Mk. oder ein paar Schuhe nur 150 Mk. kosten. Bei diesen Preisen kann die Arbeiterkassen mit ihrem kargen Lohn diese Artikel jedenfalls nicht kaufen. Wie kann ein Mensch mit gesundem Verstand sich auf den Standpunkt stellen, indem er in seiner Berichtserstattung sagt, er würde es verkraften haben, wenn der Schlichtungsausschuß bei der Preisfrenkheit einen 25prozentigen Abzug vorgeschlagen hätte! Das ist der Gipfel des Unverstandes.

Sehen wir uns die Geschichte mal etwas näher an. Unser Unternehmertum verlangt in einer festgelegten Tarifperiode eine Veränderung der Arbeitszeit, wir lehnen dieselbe mit Recht ab, da dies einen Tarifbruch bedeutet. Das Unternehmertum strahlt uns ob dieser Ablehnung, indem es uns die zugeprochene Zulage verweigert. Als aber bei Einführung des Reichsarbeitsgesetzes herausstellte, daß in einigen Sparten der Lohn zu niedrig eingekalkuliert war und unsere Kollegenkassen auf höhere Löhne drang, schrie man Beten und Mordio und bezeichneter diese Forderung als Tarifbruch, teilte uns auch schriftlich mit, daß es sich die Unternehmer überlegen, ob sie zu wiederholenden Verhandlungen Vertreter entsenden würden.

Ja, Bauer, daß ist etwas anderes, denn wir sind die Herren und ihr seid die Knechte. Wenn man unsererseits verlangt, daß die tariflichen Bestimmungen eingehalten werden, so muß man aber auch von den Kontrahenten dasselbe verlangen können. Das ist kein eheliches Spiel, was hier getrieben wird.

Darum Kollegen und Kolleginnen, nicht Arbeitsgemeinschaften und prächtig ausgebauten Tarifwesen mit seinen mehr als 100 Paragraphen, über die man bei jedem Schritt stolpern, führt zum Ziele, sondern allerhöchste Ausnutzung der Konjunktur unter Beachtung aller uns zu Gebote stehenden Nachmittel.

Dorthin treibt uns unser kurzfristiges Unternehmertum. Wenn sie diesen Weg beschreiten wollen, wir haben nichts dagegen, wir werden den Kampf, zu der uns passenden Zeit aufnehmen, den uns das Unternehmertum angelegt hat.

Leipzig.

R. S.

Die Kriegstatistik der freien Gewerkschaften.

II.

Die durch die Kriegstatistiken gemachten Feststellungen über den Grad der Arbeitslosigkeit geben ein Spiegelbild der Gestaltung des Wirtschaftslbens während der Kriegsjahre. Des Anfangs September 1914 vorgenommene Erhebung verzeichnet 370.128 Arbeitslose = 21,2 Proz. der an der Vertriebskraft beteiligten Mitglieder. Die für diese Arbeitslosen aufgewendete Unterstützung betrug wöchentlich 1.648.120 Mk. Am 31. Oktober ist die Arbeitslosenzahl bereits auf 10,5 Proz. zurückgegangen. Ende Januar 1915 sind nur noch 6,6 Proz. der beteiligten Mitglieder arbeitslos und die Erhebung von Ende Juli weist mit 2,6 Proz. schon einen etwas geringeren Grad der Arbeitslosigkeit auf, als er in dem gleichen Monat 1913 und 1914 bestand. Die Arbeitslosenzahl sinkt nun fortgesetzt, mit einer geringen Abweichung im Dezember 1917, und stellt sich Ende September 1918 auf 0,8 Proz. Die anfängliche starke Arbeitslosigkeit löst in den letzten Jahren um in eine erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften; die Kriegswirtschaft arbeitet mit fieberhafter Anstrengung, um den Bedarf des Krieges zu

decken. Während der ganzen Dauer des Krieges war die Arbeitslosigkeit bei den Frauen erheblich höher als bei den Männern.

In den Zahlen der Arbeitslosen allein kommt jedoch die nach Ausbruch des Krieges eingetretene Beschäftigungslosigkeit nicht zum vollen Ausdruck. Im großen Umfang wurde in verschiedenen Gewerben eine starke Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen, um die völlige Arbeitslosigkeit möglichst einzuschränken. Von den Zentralverbänden ist versucht worden, auch eine Ueberfrist über den Grad der teilweisen Beschäftigungslosigkeit zu gewinnen. Die ermittelten Zahlen sind recht erheblich und gehen mit Ausnahme der Erhebung vom 31. Oktober 1914 weit über die der Arbeitslosen hinaus, obgleich anzunehmen ist, daß von den Erhebungen die teilweise Beschäftigten nicht so völlig erfasst wurden als die Arbeitslosen. Am 31. Oktober 1914 wurden gezählt 122.545 = 7,4 Proz. und am 30. Januar 1915 109.925 = 7,8 Proz. bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigte Personen. Die niedrigeren Zahlen der teilweise Beschäftigten weisen die Erhebungen vom ersten und zweiten Halbjahr 1917 mit 16.765 = 1,6 Proz. und 19.550 = 1,5 Proz. auf. Am 30. September 1918 wurden 23.725 Personen = 2,1 Proz. der beteiligten Mitglieder als nur teilweise beschäftigt gezählt.

Unter dem Eindruck der in dem ersten Tagen nach Ausbruch des Krieges eingetretenen allgemeinen Lökung des Wirtschaftslebens hielt es die Mehrzahl der Verbände für unmöglich, daß während der Dauer des Krieges die fahungsmäßigen Unterstühtungen in vollen Umfang weitergewährt werden könnten, wenn man nicht die Existenz der Gewerkschaften aufs Spiel setzen wollte. Allgemeine für alle Verbände gleich gültige Maßnahmen konnten jedoch bei der verschiedenen Gestaltung der Unterstühtungseinrichtungen in den Verbänden und ihrer zueinander abweichenden Leistungsfähigkeit nicht durchgeführt werden. Diese zu treffen mußte den einzelnen Verbänden überlassen bleiben, Uebereinstimmung wurde jedoch darin erzielt, daß in erster Linie die Unterstühtung der arbeitslosen Mitglieder gesichert werden müsse, und daß hierbei mehr Wert auf die Dauer als die Höhe der Unterstühtung zu legen sei. Die übrigen Unterstühtungen sollten zuunächst der Arbeitslosenfürsorge, soweit es erforderlich erschien, aufgehoben oder doch eingeschränkt werden. Naturgemäß drängte sich den Verbänden auch die Frage der Unterstühtung der Familien der Kriegsteilnehmer auf. Eine solche in fester Form als Verbandunterstühtung einzuführen, lehnte die Mehrheit der Verbände ab. Doch wurden fast von allen Verbänden solche Unterstühtungen geleistet, zum größten Teile jedoch als besondere Zuwendungen und häufig aus eigens zu diesem Zwecke geschaffenen Fonds. Die Einschränkung der fahungsmäßigen Unterstühtungen war nicht von langer Dauer. Bei einem Teil der Verbände war sie überhaupt nicht erfolgt und, soweit es geschah, konnte bereits im Anfang des Jahres 1915, als sich die Wirtschaftslage wieder besserte hatte, der Ausnahmezustand beseitigt und zur vollen Gewährung der Unterstühtungen übergegangen werden.

Die Kriegstatistiken geben von den Unterstühtungsausgaben der Zentralverbände ein von der Gewerkschaftstatistik abweichendes Bild. Es erschienen hier die Ausgaben nicht in jährlichen Abschnitten, sondern sie werden durch die Methode der Fortschreibungszahlen als Gesamtleistung während des Krieges, in fahungswise Entwicklung vor Augen geführt. Es veranschaulicht die Verbände vom Beginn des Krieges bis zum 30. September 1918 78,7 Millionen Mark für Unterstühtungen aller Art. Davon entfielen 25,8 Millionen auf Arbeitslosen- und 26,9 Millionen auf Familienunterstühtung. Schon bis zum 31. Oktober 1914 waren 12,8 Millionen an Arbeitslosenunterstühtung gezahlt worden, und am Schlusse des ersten Kriegsjahres, dem 31. Juli 1915, belief sich diese Ausgabe bereits auf 21,6 Millionen Mark. Im weiteren Verlauf des Krieges trat dann nur noch eine Steigerung dieser Ausgabe um 4,2 Millionen ein. Anders gestaltete sich die Entwicklung der Ausgabe für Familienunterstühtung. Diese Ausgabe betrug am Schlusse des ersten Kriegsjahres 10,4 Millionen Mark, vermehrte sich demnach noch bis zum 30. September 1918 um 21,1 Millionen Mark. Ein lehrreicher Vergleich ergibt sich bei Berechnung des prozentualen Anteils der beiden Unterstühtungen an der Gesamtausgabe für Unterstühtungen. Von 100 Mk. Gesamtunterstühtung kamen am Schlusse des ersten Kriegsjahres 59 Mk. auf Arbeitslosen- und 28 Mk. auf Familienunterstühtung. Am 30. September 1918 entfielen dagegen auf die erste 33 Mk. und auf die zweite 34 Mk. Der Anteil der Arbeitslosenunterstühtung hat sich während dieser Zeit um 23 Mk. verringert und der Anteil der Familienunterstühtung um 6 Mk. erhöht. Der auf die Arbeitslosenunterstühtung am Schlusse des ersten Kriegsjahres entfallende Anteil von 59 Mk. bildete das Höchstmaß, er verringert sich von diesem Zeitpunkt an

fortgesetzt. Bei der Familienunterstühtung steigt der Anteil dagegen bis zum Schlusse des Jahres 1918 bis auf 87 Mk. und hält sich dann bis Ende 1917 auf gleicher Höhe.

Mit dem Ausbruch des Krieges schloß für die freien Gewerkschaften ein geschichtlicher Entwicklungsabschnitt ab. Es war die Zeit der organisierten Schaltung der Arbeiterkassen zur wirksamen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten. Indem die Gewerkschaften in harten Kämpfen für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsprozeß stritten, förderten sie den materiellen und geistigen Aufstieg des Proletariats. Die Gewerkschaften bahnten damit der Arbeiterkassen den Weg zur wirtschaftlichen Macht, die sie besitzen muß, um eine planmäßige Ueberleitung der kapitalistischen Produktion in eine gesellschaftliche herbeiführen zu können. Eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe hat nun die Arbeiterkassen zu leisten, nachdem sie durch den Zusammenbruch der autokratischen-militaristischen Staatsverfassung Deutschlands viel frühzeitiger vor die Lösung sozialistischer Aufgaben gestellt worden ist, als es bei normaler Entwicklung der Fall gewesen wäre. Man mag über die Entwicklung der Sozialisierung und die zu ihrer Weiterbetreibung zu ergreifenden Maßnahmen verschiedener Auffassung sein. Das eine steht wohl fest: die Frage der Sozialisierung der Wirtschaft wird nunmehr in dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften einen hervorragenden Platz einnehmen.

In diesem Sinne bedeutet die Kriegszeit ein Uebergangsstadium von einer vergangenen zu einer neuen Epoche gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Aufgabe, die sich die Gewerkschaftsteilungen beim Ausbruch des Krieges stellten: der Arbeiterkassen ihre gewerkschaftlichen Organisationen über die Kriegszeit hinweg zu erhalten, wurde erfolgreich gelöst. Die aus dem Felde zurückflutenden Massen fanden die alten Organisationen vor, die den nach Ausbruch der Revolution einsetzenden Ansturm zu den Gewerkschaften erlassen und in sich aufnehmen konnten. Damit wurde die erweiterte Aktionsfähigkeit des Proletariats zusammengefaßt, in eine einheitliche Richtung gedrängt und auf das gleiche Ziel gelenkt. Und wenn der Strom auch manchmal wild über die Rier brachete und es zeitweilig schien, als wolle er die Dämme durchbrechend sich ins Weite ergießen, so hat sich doch aus den Wirren der Zeit das Proletariat sein bestes Gut gerettet: die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Sie zu wahren und zu schirmen, muß erste Aufgabe aller bleiben, die mit heißem Herzen den endgültigen Sieg des Sozialismus herbeiführen.

Skandalöse „Rechtsprivilege“.

Die deutsche Arbeiterkassen ist es längst gewöhnt, von den Gerichten alles andere, nur kein Rechtsurteil zu hören, das dem modernen Volks- und Rechtsempfinden entspricht. Was aber manche Gerichte selbst im heutigen Zeitalter sich erlauben, zeigt eine einseitige Verfügung des Landgerichts II Berlin, die dem einfachsten Rechtsempfinden geradezu ins Gesicht schlägt. Und zwar richtet sich die Verfügung gegen den Verband der Angestellten, dessen Brauche der Rechtsanwaltskammern sich gegenwärtig in einer Kohnsubvention befindet und lautet in ihrem wesentlichen Inhalt wie folgt:

Dem Antragsteller wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung aufgegeben, alle Handlungen zu unterlassen, durch die der Streik der Rechtsanwaltskammern in Groß-Berlin eingeleitet, gefördert oder sonst unterstützt werden könnte, insbesondere

1. Aufrufe, Ermahnungen und Aufforderungen dieses Inhalts in Wort und Schrift,
2. Einberufung von Streikversammlungen und Beteiligung von solchen in jeder Form,
3. Zahlung von Streikunterstützungen,
4. Organisation des Streikpostenbetriebes."

Es ist geradezu ein Skandal, was Richter kraft ihres Amtes sich gegen die Arbeiterkassen herausnehmen dürfen. § 152 der Gewerbeordnung scheint dem Richter gar nicht bekannt zu sein. Es wäre daher gut, wenn er sich von einem organisierten Arbeiter über die ihm darin verbürgten Rechte des freiwilligen Zusammenstoßes zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aufklären ließe.

Beschämend aber ist es auch für den Rechtsanwaltsstand, sich solcher reaktionärer Mittel im Lohnkampf zu bedienen. Die gesamte Arbeiterkassen muß aber mit den Angestellten gegen eine solche Vergeßlichkeit ihres selbstverwundlichen Rechtes auf das allerhöchste protestieren. Schon im eigenen Interesse! Denn was heute dem Verbande der Angestellten passiert, kann morgen ihnen geschehen.

Mit Bezug auf obige Verfügung des Landesrechts II in Berlin hat der Abg. Kuntze (A. S. 2.) im Reichstag eine Anfrage eingebracht, in der es heißt:

„Ist die Reichsregierung bereit, durch sofortige Aufhebung dieses Beschlusses das durch die Verfassung gewährte Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten zu schützen?“

„Was gedenkt die Reichsregierung Nichtern gegenüber zu tun, die ihre Unabhängigkeit benutzen, elementare Rechte zu ignorieren und zu befeitigen?“

Nach Sowjetrußland.

Es dürfte wohl kaum ein zweites Land in unserer Nachbarschaft geben, das infolge seiner Abschüttung nicht bloß uns als Nachbarn, sondern auch den anderen Ländern in gleicher Weise fremd geworden ist wie Sowjetrußland. Und dennoch haben wir die größten Sympathien für dieses Volk, das in übermenschlichem Muth gegen eine Welt von Feinden innen und außen sich zu behaupten sucht. Auch selbst dann können wir ihm unsere Sympathien nicht verweigern, wenn wir seine volkreichernde Methode nicht für richtig halten oder sie für uns ablehnen.

Bei den unvollkommenen und verzerrten Berichten, die uns bisher über jenes Land angelieft wurden, war es durchaus verständlich und nahe liegend, daß in allen Ländern bei der organisierten Arbeiterschaft der Wunsch sich zeigte, durch eigene Studienkommissionen sich von den dortigen Zuständen zu unterrichten. Nachdem solche Kommissionen vor England, Oesterreich und Italien dorthin entsendet wurden und bereits zurückgekehrt sind, hat nunmehr auch Deutschland begonnen, das gleiche zu tun. So hat zunächst der Parteivorstand der D. S. P. die Herren Grippen, Baumig, Dittmann und Stöder nach Rußland entsandt, denen sich der Kommunist Levy anschloß. Auch die Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, eine Kommission von drei Mann nach Sowjetrußland zu entsenden, der u. a. auch unser Kollege Czerny angehört. Des weiteren soll eine aus industriellen Sachverständigen gebildete Kommission, welcher Geheimrat Deutsch von der A. S. G. und der ehemalige Staatssekretär Dr. August Müller angehören dürften, ebenfalls demnächst eine Reise nach Rußland antreten.

Man darf also wohl hoffen, daß uns in nicht zu ferne Zeit diese Kommissionen aus eigener Anschauung über die dortigen Verhältnisse berichten und wir uns dann ein lares Bild von Sowjetrußland machen können.

Inzwischen haben sich die bereits zurückgekehrten Kommissionen der verschiedenen Länder nicht allzu günstig über ihre dortigen Beobachtungen ausgesprochen. So verhält sich die englische wie die österreichische Kommission ziemlich ablehnend gegen die bolschewistischen Methoden. Und von den mit großen Hoffnungen nach Rußland gereisten italienischen Sozialistenführern wird berichtet, daß sie sehr enttäuscht zurückgekehrt seien. So hat der Abgeordnete Duponi die Lage im bolschewistischen Rußland als außerordentlich verhängnisvoll und verderblich bezeichnet. Er bezweifelt, daß sich die Theorien Lenins auf die Dauer halten können und erklärt, daß Italien nach der Natur seiner Bewohner das für kommunistische Versuche ungeeignete Land wäre. Der Chefredakteur des „Avanti“, Gessati, ist bestürzt über den trostlosen Zustand in Rußland. Der Generalsekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes, der einen vorläufigen pessimistischen Bericht veröffentlicht, kündigt eine Artikelserie an, in der er sein vorläufiges Urteil belegen will.

Allerdings muß dabei betont werden, daß die an derselben Kommission beteiligten Extremisten sich wesentlich günstiger äußern, jedoch sollen sie — nach Ansicht der anderen Mitglieder — ihre Berichte zu befechtigen haben. Diese widersprechenden Berichte erklären sich leicht aus den gegensätzlichen politischen Ansichten.

Aber es haben sich ja auch tatsächlich bei der Sowjetregierung ja gewaltige Veränderungen in ihren Anschauungen eingestellt, daß sie selbst die den Bolschewisten nothwendigen Preise bedenklich stimmen. Es braucht ja bloß daran erinnert zu werden, daß man zuerst die Volkswirtschaft gänzlich abschaffte und die Betriebe der Herrschaft hin. Verwaltung der Arbeitstätte überließ. Dann aber später zum Wiederanstieg der immer mehr zurückgehenden Industrie das schärfste aller Altkontrollsysteme, das Taylorsystem, einführte. Und während man bisher es für selbstverständlich hielt, alle Macht den Arbeiterräten in die Hände zu legen, fordert Lenin nunmehr, auch diese auszuheben und ohne sie zu wanken. Und daß Lenin nicht etwa ein Mann ist, der an Einfluß und Bedeutung verloren hat, beweist der ungeheure Erfolg, den er auf dem jetzigen Kongreß der 3. Internationalen in Moskau davongetragen hat. — Man wird

also gut tun, seine Erwartungen bei den Berichten der deutschen Studienkommissionen nicht zu hoch zu spannen. Zweifellos haben wir aber ein großes Interesse daran, über Rußland eingehender orientiert zu werden und so schnell wie möglich freundschaftliche Beziehungen mit ihm aufzunehmen. Hoffen wir, daß die Entsendung der Kommissionen uns diesem Ziele einen Schritt näher bringt.

Was unserem Beruf.

Unternehmer-Zabotage.

Seit einiger Zeit kann man in verschiedenen Industriezweigen Verkäufe von Betriebsmaschinen, Material und Auflösung der Betriebe beobachten, welche zum schärfsten Protest herausfordern, da die Arbeiterschaft in erster Linie der leidende Teil dabei ist. So sind beispielsweise auch in unserem Berufe in Berlin und Umgegend durch ganz willkürliche Maßnahmen der Unternehmer Betriebe geschlossen worden. Wir erinnern da nur an die Firmen „Amberg u. Lessen“ sowie „Sittensfeld“. Trotzdem auch diese Firmen über genügend Aufträge und Material verfügten, hat man die Betriebe aufgelöst, wodurch allein von Sittensfeld etwa 600 Personen auf dem Straßenspfaster liegen. Daß viele darunter sind, die noch 20- bis 30-jähriger Tätigkeit sind als Dank des Hauses unten, sei nur nebenbei gesagt.

Ein solches willkürliches Schalten und Walten der Unternehmer, wie man es vielfach beobachten kann, fordert zu schärfstem Widerstand und Gegenmaßnahmen heraus. Es ist eine brutale Ungerechtigkeit, wenn das Unternehmertum sich auf den Standpunkt stellt, daß es mit seinem Vermögen und seinen Geschäften nach Belieben schalten und walten könne. Das ist eben nicht wahr. Und wenn gleichwohl noch kein geschriebenes Gesetz sie daran hindert, so muß um so lauter der Schrei der Arbeiter für die Pflicht der Allgemeinheit gegenüber ertönen. Es ist geradezu ein Verbrechen, angesichts der ungeheuren Not des Volkes, unserer Wirtschaft und nicht zuletzt der Arbeiterschaft, nur um des eigenen Vorteils willen Maschinen und Material an das Ausland zu verkaufen und gewaltigen Erwerbsquellen zu unterdrücken. Bei diesen schiefen Geschäften hofft man anscheinend auch, die Arbeiterschaft allmählich fette zu machen und sich wieder ein willfähiges und billiges Personal zu erzielen.

Der Reichswirtschaftsrat und Reichstag muß man verlangen, daß sie diesem unerhörten Treiben bald ein Ende bereiten.

Das Stiefkind.

Wer seine Kinder liebt und achtet, wird sie nicht wachend oder in schmutzigen Lumpen herumlaufen lassen, vielmehr danach streben, ihnen so bald als möglich ein möglichst gutes Kleid zu beschaffen. Sind nun nicht jedem Mütterfreund seine guten Kinder gleich seinen Kindern ans Herz gewachsen? Trotzdem kann man selber nur zu oft beobachten, daß er erst zu allerletzt daran denkt, ihnen ein gutes Kleid — den Einband — zu geben. So wird jetzt von der Deutschen Bucherei in Leipzig berichtet, daß der Bestand an ungebundenen Schriften sich derzeit erhöht hat, daß allein 800 000 Mark zum Binden erforderlich sind — wozu die Mittel fehlen. Unseres Erachtens zeugt das von keiner guten Leitung. Es scheint, als ob man auch dort die Buchbinderei nur als Stiefkind betrachtet.

Berichte.

Gemeinlich. In unserer am 24. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung hätte man auf Grund der vorhergehenden Tagesordnung stärkeren Besuch erwartet. Rühge gab zunächst den Geschäftsbericht. Bemerkenswert ist, daß die Zahl unserer Mitglieder von 312 männlichen und 817 weiblichen vom ersten Quartal auf 328 männliche und 891 weibliche Mitglieder am Schluß des zweiten Quartals gestiegen ist. Aus dem Kassensbericht ist hervorzuheben, daß der Kassa-Kassenbestand sich auf 9403 Mk. hob. Auf den Sammelkassen für die Buchkämpfer gingen 425,50 Mark ein. Nachdem hierauf noch einige Verhandlungsangelegenheiten erledigt wurden, ging man zu dem für diesen Abend angeordneten Unterhaltungsabend über. Hierzu bot uns unser Kollege W. Grawner mit seinen ersten und besten Beiträgen und Liedern ein reichhaltiges Programm und fand er in den Anwesenden dankbare Zuhörer. Wäre unsere Kollegenchaft den Veranstaltungen der Zählstelle künftig wieder das gewohnte regere Interesse entgegenbringen.

Tresden. In der am 20. Juli stattgefundenen Generalsammlung, welche aber leider geradezu beschämend schlecht besucht war, wurde von der Verwaltung Bericht erstattet über die im vergangenen

Quartal geleistete Arbeit. Kollege Lange gab einen kurzen klaren Bericht über die umfangreiche Tätigkeit, welche entfaltet werden mußte, um all die Arbeit, die aus den verschiedensten Verhandlungen mit den Unternehmern und anderen Zuständen erwuchs, zu bewältigen. Nachteiliger Überhandlungen, häufige Klagen beim Schlichtungsausschuß sowie beim Gewerbegericht, ständige Verhandlungen mit Unternehmergruppen und einzelnen Firmen der verschiedensten Branchen, Teilnahme an Tagungen anderer Organisationen, nicht zuletzt auch die in diesem Quartal betriebsweise ausgeübten Streiks, das alles brachte es mit sich, daß die Tätigkeit der Verwaltung eine äußerst angefüllte war. Infolge Abwesenheit des Kassierers gab Kollege Lange mit kurzem Hinweis auf den gedruckten vorliegenden Bericht auch zugleich den Kassensbericht. Als Kassensbestand der Kassa-Kasse sind 34286 Mk. zu verzeichnen. In dem hierauf anschließenden Bericht über Lohn- und Tariffragen wies Lange besonders auf das brutale, unsere Volkswirtschaft schädigende Verhalten der Unternehmer hin. Daß man dieses auch innerhalb der graphischen Branchen beobachten könne, beweise die Aufhebung der Buchhändler, Neuauflagen von Büchern nicht eher wieder vorzunehmen, bevor nicht ein Lohnabnahmestützpunkt habe. Auch die Einführung intensiverer Arbeitsmethoden, Taylor-System usw. kann man allgemein beobachten. Hinzu kommt weiter noch, daß man auf Seiten der Unternehmer tarifliche Vereinbarungen vielfach nicht beachtet. An allen diesen Zuständen tragen aber auch unsere Mitglieder einen großen Teil Schuld. Nicht nur, daß sich diese vielfach willig allen Anordnungen der Unternehmer fügen, nein, auch die Vorteile des Achtstundentages werden häufig durch freiwillige Überstunden oder anderweitige Beschäftigung preisgegeben. Daß die Unternehmer ein solches unsozialistisches Verhalten eben gründlich auszuheben versuchen, ist nur zu begreiflich. Der hierauf vom Kollegen Gash vorgetragene Bericht über den Arbeitsnachweis ließ wohl erkennen, daß eine besonders große Mangel an Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Doch wird sehr stark verfürzt gearbeitet. Nicht zu beklagen ist, daß die jetzige wirtschaftliche Krise sich auch in unserem Gewerbe in jeder Form bemerkbar macht. In der Diskussion wurde ganz besonders zu den Tariffragen sowie zur Frage der Arbeitslosigkeit Stellung genommen. Hauptächlich letztere Frage wurde unter scharfer Kritik der Unterhaltungsbestimmungen sowie der behördlichen Schikaneurungen lebhaft erörtert. Auf Antrag wird in kurzer Zeit eine Mitgliederversammlung stattfinden, in welcher ausschließlich das Thema „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“ behandelt werden soll. Immer und immer wieder wurde aber auch in der Diskussion betont, daß alle Verurteilungen und aufopfernde Tätigkeit unserer Verwaltung erfolgreich bleiben müssen, solange eben bei der Frage der Mitglieder eine solche, durch nichts entsetzliche Interessensfrage vorherrscht. Wer eben aus dem jetzigen Zeitabchnitt, wie wir ihn zu durchleben gezwungen sind, nichts, oder auch rein gar nichts gelernt hat, der scheint tatsächlich wert zu sein, daß ihm der Unterhaltungsabend bereitet wird.

Erlangen. Die wirtschaftliche Krise, die unser Gewerbe zutiefst heftig erschüttert, hat auch hier am Orte mit aller Gewalt eingelebt. Dar man am Anfang der Meinung, daß die Krise nicht von allzu langer Dauer sein würde und die Kollegenchaft vielleicht mit ein paar Wochen Mehrarbeitsstunden darüber hinwegkommen würde, so ist man jetzt eines Besseren belehrt worden. Die Unternehmer, an große Gewinne gewöhnt, wollen sich auch jetzt ihren Gewinn nicht schmälern lassen und schritten zu dem einfachsten Mittel, nämlich: Schließung der Betriebe auf einige Wochen. Den verheirateten Arbeitern bewilligte man wohl 30 Proz. ihres Lohnes zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung, was will das aber bedeuten gegenüber der großen Keuerung auf allen Gebieten. Den ledigen Arbeitern und Arbeiterinnen bewilligte man nichts. Ob es notwendig war, mit der Schließung der Betriebe allen anderen Industrien voranzugehen, ist sehr stark zu bezweifeln. Oder verfolgt man damit andere Zwecke? Die Herren Unternehmer mögen sich gesagt sein lassen, daß wir ein sehr scharfes Auge haben werden und gegebenenfalls unsere ganze Macht einsetzen, um unsere Mitglieder vor weiterem Schaden zu bewahren.

Am 13. Juli fand eine Besprechung der Unternehmer mit unserem Bezirksleiter H. Weindler statt, die zu der allgemeinen Lage sowie zur Einführung des Eisenacher Lohnabkommens Stellung nahm. Hier erklärten die Prinzipale, daß sie nur dem sicheren Ding folgen, wenn sie genötigt sind zur Schließung ihrer Betriebe. Betreffs des Eisenacher Lohnabkommens gaben sie die Erklärung ab, daß in der jetzigen Zeit von der Einführung abgesehen werden soll, sie sind aber bereit, bei anziehender Konjunktur erneut mit uns zu beraten und stellen sich dem Lohnabkommen nicht abgeneigt gegenüber.

Am 13. Juli fand dann eine vom graphischen Oetzkertell einberufene Versammlung statt, in der Kollege Weindler über: Die wirtschaftliche Lage in der graphischen Industrie referierte. Seine Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall der zahlreich erschienenen Kollegenschaft. Die vor Jahresfrist gewonnenen Mitglieder haben nun jetzt zu beweisen, daß sie ihre erste Feuerprobe gut bestehen, nicht trübselig werden, der Organisation die Treue zu bewahren, um bei besserer Geschäftslage gewappnet zu sein, damit allen Vorzügen des Unternehmertums eine geschlossene Front gegenübergestellt werden kann. Wir haben unsere Mitglieder darauf hingewiesen, mit welchen Plänen sich die Unternehmer tragen, an ihnen liegt es nun, diese Pläne nicht zur Tatsache werden zu lassen. Also seid auf eurer Pult!

Am 19. Juli fand unsere Quartalsversammlung statt. Der Kassierbericht erstarrte Kollege Erbhaber, und ist daraus folgendes zu entnehmen: Die Verbandskasse bilanziert mit 633,59 Mk. Einnahmen und Ausgaben. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1692,27 Mk. und eine Ausgabe von 913,29 Mk. Bestand 778,98 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 862 Mitglieder. Der Vorsitzende Kollege Drechster gab noch bekannt, daß die Arbeitslosenziffer sehr gestiegen ist. Zurzeit sind rund 200 Mitglieder arbeitslos und ist zu befürchten, daß diese Ziffer noch eine Steigerung erfährt. Mittelweise haben noch zwei weitere Betriebe geschlossen, so daß am 24. Juli mit einer Zahl von 300 Arbeitslosen zu rechnen ist. Am 1. August findet die Besichtigung der neuen Anlagen der Konjunktgenossenschaft für unsere Mitglieder statt. Die Mitglieder werden ersucht, an der Besichtigung gahfreudig teilzunehmen.

München. In der außerordentlichen Generalversammlung am 21. Juli gab Kollege Faust den Bericht über den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums. In der Diskussion kam die Meinung zum Ausdruck, daß in den Kreisen der Buchbinderarbeiterschaft ein Schlaf eingekeilt habe. Von anderer Seite wurde dagegen ausgeführt, daß man sich die Haltung der Unternehmer wohl für diesmal gefallen lassen müsse, komme aber ein besserer Geschäftslage, würde uns niemand halten können, auch die Arbeitsgemeinschaft nicht, Macht gegen Gewalt zu setzen, um uns bessere Lebensbedingungen zu sichern. Erneut wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir uns die 46-Stunden-Woche unter keinen Umständen nehmen lassen. Die Affordarbeiter wurden gebeten, Augenblicklich ihren Aalenbrang, im Hinblick auf das große Heer der Arbeitslosen, etwas einzudämmen. Kollege Bild gab den Gewerkschaftsbericht. Dort wurde in der Generalversammlung für den Ausschuss die Liste der linksstehenden Genossen reiflos gewählt. Mit der Ablehnung der Vertrags-erhöhung durch den Verbandsbeirat war man einverstanden, da bei dem gegenwärtigen geringen Verdienst, veranlaßt durch Aussehen in den verschiedenen Betrieben, einer Erhöhung des Beitrags bei dem

größten Teil der Mitgliedschaft hartnäckiger Widerstand entgegengezeigt worden wäre. Zum Schluss forderte Kollege Faust die Mitglieder zu noch festem Zusammenhalten auf, zum Troste derer, die die Arbeiterkassette noch tiefer hineinrücken möchte in die Sklaverei des Kapitalismus.

Kürnberg und Fürth. An unsere jugendlichen Kolleginnen und Kollegen! Vor ewiger Zeit gründete unsere Zählstelle eine Jugendsektion. Die Leitung derselben liegt ausschließlich in Händen jugendlicher Kolleginnen und Kollegen. Dieselbe vertritt zum Zweck der Bildung, Aufklärung sowie zum Veranlassen von gemeinsamen Wanderungen die Jugend unseres Berufs zu sammeln. Aus diesem Grunde ladet der Jugendauschuss sämtliche jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Lehrlinge und Lehrlinginnen unseres Berufs zu den Zusammenkünften ein, welche jeden Dienstag, abends 7 Uhr, in der Restauration „Waagfeller“, Waaggasse (beim Hauptmarkt), stattfinden. Alle Anfragen sind zu richten an den Kollegen Willy Kimm, Austr. 16 b.

Für Betriebsräte.

Kampf gegen das Betriebsrätegesetz.

Daß den Arbeitgebern das Betriebsrätegesetz ein Dorn im Auge ist, wird kein Geheimnis mehr sein. Wer sich näher davon überzeugen will, braucht bloß die Arbeitgeberblätter je zweier Art durchzublättern. Fast keine Nummer erscheint, ohne nicht zu der einen oder anderen Frage dieses Gesetzes Stellung genommen zu haben und zu versuchen, die Rechte der Betriebsräte zu schmälern.

Um so größere Verpflichtung erwächst demgegenüber allen Mitgliedern der Betriebsräte, sich eingehend über ihre Rechte und Pflichten zu informieren und ihr Wissen zu erweitern. Hierzu haben sie gute Gelegenheit, wenn sie die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene „Betriebsrätezeitung“ mit ihrer Fülle aufklärenden und anregenden Inhalts genau verfolgen. Die Zeitung wird von unserem Verbandsvorstand für alle Mitglieder der Betriebsräte auf Anforderung ihrer Ortsverwaltungen unentgeltlich geliefert und ist jetzt bereits die zweite Nummer erschienen.

Rundschau.

Der Wiederaufbau des Leipziger Gewerkschaftshauses, das in den Tagen des Kapp-Putsches ein Opfer der sinnlosen Zerstörungswut einer reaktionären Meute wurde, ist kräftig in Angriff genommen. Da der Wiederaufbau jedoch ungeheure Summen verschlingt, wenden sich die Leipziger Gewerkschaften an die organisierten Arbeiter Deutschlands, durch freiwillige Spenden die Last ihnen zu erleichtern. Beiträge sind zu richten an das Gewerkschaftskartell, Gerberstr. 1.

Diebstahl am „Guten Montag“. Bei der Feier des „Guten Montags“ in Berlin ist der Schmelzer unseres Kollegen Standfuß von einer Dame, die als besondere Merkmale Narben am Hals und eine heitere Sprache hatte, ihre Kostümkasse gestohlen worden. Da die Dame erkannt ist, erfolgt Strafanzeige, wenn die Facke nicht umgehend in unserem Verbandsbureau, Engelauer 15, abgegeben wird.

Abrechnungen

Vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 2. August bei der Verbandskasse ein von: Ludenwalde 7500 Mk., Tilsit —, —, Gau 5 —, —, —, Halberstadt 558,25 Mk., Waagbeurg 8500 Mk., Detmold 1900 Mk., Saalfeld 200,00 Mk., Zeitz 668,30 Mk., Vochum 650 Mk., Düsseldorf 5000 Mk., Duisburg-Muhrtort 1600 Mk., Essen 2900 Mk., Hagen 511,82 Mk., Köln 2000 Mk., Lüdenscheid 242,50 Mk., Münster 212,50 Mk., Viersen 1450 Mk., Mainz 4100 Mk., Anna-berg-Buchholz 30 000 Mk., Eberstadt-Mengersdorf 900 Mk., Seilbronn 13 000 Mk., Regenbürg 11 Mk. J. B.: W. Greve.

Sterbetafel.

- Folgende Mitglieder sind gestorben:
- Annaberg i. G. Martin Frank, Pader, 27 Jahre.
 - Wieg. Wilhelm Fürstle, Buchb.-Hilfsarb., 18 Jahre, Blutergiftung.
 - Albert Rizer, Buchb.-Hilfsarb., 44 Jahre, Herzschlag.
 - Robert Ruhnert, Buchb.-Hilfsarb., 38 J., Lungenerkrankung.
 - Dormund. Peter Wogart, Buchbinder, 68 Jahre, Tuberkulose.
 - Julius Rehorst, Buchb., 64 Jahre, Ruhr.
 - Werta Groß, Buchb.-Arb., 27 Jahre, Lungenerkrankung.
 - Düren. Engelberg Krappohl, Buchb., 47 J. Gau 6/7. Mag Domrose, 24 Jahre, ertrunken.
 - Bera. Phil. Engelhardt, Buchbinder.
 - Hamburg. Heinz Wandt, 72 Jahre, Unfall.
 - Erich Steffens, 36 Jahre, Grippe.
 - Elise Schläter, 33 Jahre, Verbrechen.
 - Martha Wetin, 20 Jahre, Grippe.
 - Hanni Hainbatz, 23 Jahre, Grippe.
 - Hannover. Gertrud Altenhoff, Buch.-Arb., 31 Jahre.
 - München. Aloisia Lindner, Buchb.-Arb., 32 J.
 - Math. Steindl, Färbereiarbeiter, 84 Jahre.
 - Pforzheim. Maria Schwarz, Färbereiarbeiterin, 21 Jahre, Lungenerkrankung.
 - Stuttgart. Emma Erd. Holzgerl, 25 Jahre.
 - Elise Peter, Briefumschl.-Arb., 46 Jahre.
 - A. Hausmann, Buchb., 46 J., Schlaganfall.
- Allen ein ehrendes Andenken!

Zentralrentenkasse der Buchbinder Verwaltungskasse Leipzig.

Freitag, den 13. August, abends 8 Uhr, bei Wehmann, Mathäusstraße 9:

Hauptversammlung

Tagesordnung: 1. Allgemeiner Bericht. — 2. Bericht über die angelegte Sterbetafel. — 3. Neuwahl des Verwaltungsvorstandes. — 4. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung der Ortsrentenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die in der Ausschussung vom 11. Mai 1920 beschlossene Satzungsänderung vom Oberverwaltungsamt genehmigt ist und mit dem 1. August 1920 in Kraft tritt. A. Gottsmann, Vorsitzender. Fr. Keese, Schriftführer.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene

Volkstürforge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft

Hamburg 5

Überall eingeführt wird. Meidet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

Pappschere

„Krause“-Modell D. S. g. mit Schmal-schneider 120 cm Schnittlänge, 70 cm Tischbreite, zu verkaufen. Angebote unter R. O. 5625 an Rudolf Wosse, Bbln.

Steindruckfarben

Schlagmetall, Blattgold, Antin- und Bronzefarben laßt Winkler's Farbenhandlung Berlin, Reichensberger Straße 120. (Auch keine Posten)

Buchbinder - Schilling

12 000 Meter verlaufen preiswert Berliner Jute-Compagnie, Charlottenburg, Bielefeldstraße 15. Tel.: Steimpf. 7762.

Anzeigen

finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingekandt ist.

Tüchtigen erfahrenen Metallschlier (Werkmeister)

perfekt in allen vorkommenden Arbeiten wie Schmud., Vested.-Euis, Kerne, Etalagen, Schaufenstereinrichtungen usw., welcher der Tischlereiwerkstelle selbst vorstehen kann, per sofort oder später gesucht. Angeb. m. Beugn. u. Gehaltsanspr. erb. an Friedrich Oehme, Euisfabrik, Dresden, Töpferstraße 13.

Schneidestifen, weißbuch, empf. J. Habel, Eiberfeld, Gesundheitsstr. 74.

Garten-Schneide- u. Biegemaschine

mit Kreismessern

von Wils. Leo's Nachf., Stuttgart, für Hand- und Kraftbetrieb zu verkaufen. Angebote u. R. G. 6639 an Rudolf Wosse, Bbln.

TAFELLEIM

Wo bisher Tafelleim (Knochenleim, Lederleim) gebraucht wurde, verwenden Sie jetzt unseren „Leimextrakt“: bezugscheinfrei; Anwendung und Bindkraft wie bei Tafelleim; haltbar, warm zu verarbeiten, kein minderwertiger Ersatz. Verlangen Sie Anerkennungs schreiben. Preis zurzeit 24,- Mk. p. kg ab Fabrik. Probepatete von 4 1/2 kg unter Nachnahme zu Diensten

Mechler & Co., chem. Fabrik, Mannheim, Industriehafen

Tel. 1876

Telegr.-Adr. Mechlerwert